OSTTIMOR

„Das Volk wird vernichtet“

Der Westen will keinen neuen Genozid dulden – das Beispiel Kosovo verpflichtet. Bill Clinton bat Kanzler Gerhard Schröder, auf Indonesiens Präsidenten Habibie mäßigend einzuwirken. Sonst drohen Wirtschaftssanktionen.

Krampfhaft umklammerten die Flüchtlinge ihre Habseligkeiten und rannten zu den mit laufenden Motoren wartenden Flugzeugen. Als die Frachtmaschinen der australischen Luftwaffe endlich vom Flughafen Dili abhoben, entschwebten sie durch schwarze Rauchwolken.

Das Zentrum der osttimoresischen Hauptstadt stand in Flammen. Pro-indonesische Milizen liefen, nach Bekanntgabe des Unabhängigkeitsreferendums am vorvergangenen Wochenende, Amok. Ganze Ladenzeilen gingen in Flammen auf, ebenso die Universität, das Fernmeldegebäude und die Residenz von Bischof Carlos Filipe Ximenes Belo. Der Friedensnobelpreisträger selbst konnte, getarnt als Passagier „Louis Rochetta“, nach Darwin ausgeflogen werden.

Dili war in kürzester Zeit eine Geisterstadt. Wer nicht in die Berge floh, wurde massakriert. Oder er wurde, wenn er Glück hatte, mit vorgehaltener Waffe auf Lastwagen verladen und nach Westtimor deportiert – über Landstraßen, die mit den aufgepfählten Köpfen von Befürwortern der Unabhängigkeit gesäumt waren.

Als halbwegs sicher galt zunächst noch das Gelände der Uno-Mission in Osttimor (Unamet), wo hinter Stacheldraht hunderte auf Schutz vor den entfesselten Schlächtern hofften. Im provisorischen Lazarett des Gebäudes gebar am Dienstagmorgen um 3.45 Uhr, während in den Straßen unablässig automatische Waffen ratterten, eine Osttimoresin einen Sohn, den sie Pedro Unamet nannte – nach jener Organisation, die Osttimors Weg in die Selbständigkeit überwachen sollte und nun ohnmächtig den von Jakartas Generälen inszenierten Terror erlebt.

78,5 Prozent der rund 440 000 osttimoresischen Wähler haben sich gegen einen Verbleib als 27. indonesische Provinz ausgesprochen. Doch die militanten Verlierer der Abstimmung reagieren radikal bis zum Äußersten: Sie wollen die arme Inselhälfte höchstens als menschenleere Tabula rasa aufgeben.

Die Vereinten Nationen erlebten ein Fiasko. Die Tragödie war vorauszusehen gewesen, doch die Völkergemeinschaft versagte im Katastrophenmanagement. Und die Verhängung des Kriegsrechts durch Präsident Bacharuddin Jusuf Habibie, 63, verschaffte den Mordbrennern erst recht freie Hand für ihre Säuberungen. Das Chaos zu beenden, rechtfertigte Armeesprecher General Sudrajat die Untätigkeit der Militärs, sei schließlich „nicht so einfach wie das Spülen einer Toilette“.

AFP / DPA

Präsident Habibie

Auch das mutmaßliche Oberhaupt des künftigen Kleinstaates musste flüchten. José Alexandre Gusmão, 53, Ex-Chef der osttimoresischen Guerrilla Falintil, wurde am Dienstag in Jakarta aus siebenjähriger Haft entlassen. Weil die indonesische Polizei seine Sicherheit nicht garantieren wollte, schlüpfte er sofort in der britischen Botschaft unter. „Ich kann zwar wieder die Luft der Freiheit atmen“, sagte Gusmão, „doch das Volk, das ich führen soll, wird gerade vernichtet.“

Osttimor ist der neueste Schauplatz eines Völkermords, ein Kosovo in den Tropen. Seit Indonesien die einstige portugiesische Kolonie 1975 mit Billigung der USA besetzte, starben dort 200 000 Menschen durch Terror und Aushungerung – rund ein Viertel der heutigen Bevölkerung. Derzeit sind mehr als 200 000 Melanesen auf der Flucht. Über 60 000 halten sich schon in westtimoresischen Lagern auf – eine weitere Parallele zum Kosovo.

AP

Armeechef Wiranto

Der Westen, nach seinem entschiedenen Einschreiten gegen Serbenführer Slobodan Milošević moralisch gefordert, favorisiert auch diesmal eine internationale Eingreiftruppe – die Lösung des Osttimor-Problems, heißt es in New York, habe Modellcharakter für die Dritte Welt. Es sei jedoch „dringend anzuraten“, mahnte Uno-Generalsekretär Kofi Annan, „dass die indo-

Pro-indonesische Banden in Dili: *Zynischer Machtkampf*

nesische Regierung einer Entsendung zustimmt".

Denn Indonesien ist nicht Serbien: Zu bedeutend ist das Land weltweit als Handelspartner, zu schwer das politische Gewicht des 209-Millionen-Staates in Südostasien, zu gut gerüstet seine 476 000-Mann-Streitkräfte. Außerdem kungeln die Westmächte traditionell mit Jakarta.

Helmut Schmidts Regierung genehmigte Lizenzen für den Hubschrauberbau und half beim Aufbau einer Anti-Terror-Einheit. Nachfolger Helmut Kohl unterhielt stets ausgezeichnete Beziehungen zum damaligen Präsidenten Suharto, obwohl der als korrupt verschrieen war.

Kohl urlaubte mit seinem „lieben Freund" auf der Privatinsel Bira Kecil, besuchte ihn am Krankenbett – und Bonn verkaufte dem Indonesier 39 Schiffe der ehemaligen DDR-Marine. Fast immer begleitete eine Korona deutscher Wirtschaftsbosse den Kanzler nach Indonesien.

Zahlreiche Offiziere Suhartos wurden an der Führungsakademie der Bundeswehr ausgebildet, der Kommandeur der Anti-Terror-Truppe Kopassandha und Suhartos Schwiegersohn Prabowo Subianto bei der GSG 9. Von 1991 bis 1993 leistete Bonn eine „Polizeihilfe" in Höhe von 2,2 Millionen Mark.

Die Eliteeinheit Kopassus wiederum, maßgeblich beteiligt an der jahrzehntelangen Unterdrückung der Osttimoresen, wurde noch Mitte der neunziger Jahre von amerikanischen und australischen Spezialisten geschult. Kein Wunder, dass die Chefmoralisten des Kosovo-Kriegs, Bill Clinton und Tony Blair, in ihrem Eifer auffallend gedämpft sind. Sie stellen Jakarta „schwere wirtschaftliche Konsequenzen" in Aussicht.

Flüchtlingstransport nach Westtimor: *„Ein Krieg wäre ein großer Fehler"*

Washington will eine Blauhelm-Mission bislang nur logistisch unterstützen; Indonesiens Stabilität ist den USA wichtiger als die Freiheit Osttimors. Großbritannien entsandte einstweilen den Zerstörer HMS „Glasgow", Frankreich am Freitag die Fregatte „Vendemaire".

Australien, nur 500 Kilometer von Osttimor entfernt, verlegte 500 Soldaten in die Gewässer vor der Insel und erhöhte seine Eingreifreserve, die wohl eine bewaffnete Intervention anführen dürfte, auf 4500 Mann. Doch Außenminister Alexander Downer stellte klar: „Ein Krieg gegen die viertbevölkerungsreichste Nation der Welt wäre ein großer Fehler."

Auch die Bundesregierung zaudert. Entwicklungshilfeministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul preschte zwar Anfang voriger Woche vor und forderte den unverzüglichen Einsatz einer internationalen oder regionalen Friedenstruppe. Joschka Fischer und Gerhard Schröder schoben die Verantwortung weiter: „Da sind doch Australien und Neuseeland viel näher dran."

Bis zum Wochenende glühten die diplomatischen Drähte. Clinton beriet mit seinen Kollegen in London, Canberra und Berlin und bat den Bundeskanzler, auf den Mann in Jakarta einzuwirken. Daraufhin redete Schröder dem fließend deutsch sprechenden, in Aachen zum Ingenieur ausgebildeten Habibie ins Gewissen, „dass das in Osttimor nicht so weitergehen kann". Blauhelme verbat sich der Präsident erst vehement, als Schröder jedoch nachhakte, schränkte er ein: „Noch nicht."

Fischer drohte unterdessen, ganz im Sinne Clintons, seinem indonesischen Counterpart Ali Alatas mit einer „Störung des Finanzflusses", falls das Militär weiterhin die blutige Säuberung Osttimors dulde. Das Kalkül der westlichen Politiker:

▶ Eine von Jakarta nicht akzeptierte Intervention könnte zu einer Solidarisie-

FOTOS: AP

der politischen Eliten Jakartas – auf Kosten der Bevölkerung

rung der Asean-Staaten mit Indonesien führen, zu einem Konflikt „Weiß gegen Gelb“;

- Habibie, als Verlierer der jüngsten Parlamentswahlen geschwächt und Rücktrittsgerüchte dementierend, könnte von der Armee weggeputscht werden, ihr Gefangener ist er ohnehin. Die innenpolitische Schlüsselfigur ist inzwischen Armeechef Wiranto;
- China würde gegen ein Uno-Mandat sein Veto einlegen, um einem Präzedenzfall für ausländische Einmischung in Tibet oder Taiwan vorzubeugen.

Also ist ökonomischer Druck der vorläufige gemeinsame Nenner. Noch diesen Monat wird die nächste Tranche eines Kredits des Internationalen Währungsfonds (IWF) an Indonesien in Höhe von 460 Millionen Dollar fällig. Der IWF droht mit Aussetzung, falls das Morden weitergeht. Die Börse reagierte ohnehin schon. Vorige Woche fiel die indonesische Rupiah um 14 Prozent – erst 1997 hatte die Asienkrise zu einem Kaufkraftverlust von rund 80 Prozent geführt und zu sozialen Unruhen.

„Der fürchterliche Zynismus ist“, sagt Sidney Jones von der Menschenrechtsgruppe Human Rights Watch, „dass in Osttimor nur ein Machtkampf der politischen Eliten Jakartas ausgetragen wird – auf Kosten der Bevölkerung.“

Einflussreiche Generäle waren entrüstet, als Habibie zu Jahresbeginn ohne ihr Einverständnis verkündete, Osttimor könne über seine Zukunft selbst entscheiden. Weil Papua-Stämme in Irian Jaya und radikale Muslime in der Provinz Aceh ebenfalls die Unabhängigkeit fordern, fürchten sie eine Balkanisierung des Riesenreichs.

Deshalb lassen die Militärs jetzt den nationalistischen Mob von der Leine: In Jakarta stürmten 300 Studenten die australische Botschaft und hissten die rot-weiße indonesische Flagge. In Osttimor fackelten Banden die Häuser von Politikern und Separatisten ab, massakrierten Priester und Caritas-Mitarbeiter, beschossen ausländische Diplomaten und stürmten am Freitag das Unamet-Gelände. Auch der Vater des Freiheitshelden Gusmão soll ums Leben gekommen sein.

Annan will in diesem Klima der tabulosen Gewalt allerdings nicht allein auf die Kapitalbremse vertrauen. Er wies Fischer darauf hin, dass es möglicherweise doch einen Hebel für eine militärische Intervention gäbe, gegen den auch China keine formalen Argumente vorbringen könnte.

Wenn Osttimor als bereits eigenständiges Staatsgebiet definiert werde und nicht als Teil Indonesiens, so Annan, könnten die Repräsentanten des Landes einem solchen Einmarsch zustimmen. Der Haken: Politiker wie Gusmão sind noch lange nicht gewählt – erst muss die Beratende Volksversammlung in Jakarta den Volksentscheid billigen.

Rüdiger Falksohn, Jürgen Hogrefe, Jürgen Kremb